

VorOrt

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Soziale Stadt Dürtlewang

Beteiligungsspiele

Die Ankündigung klang gut: Im Zuge des Programms Soziale Stadt können alle Dürtlewanger gemeinsam entwickeln wie ihr Stadtteil in Zukunft aussehen soll. In Zusammenarbeit aller Beteiligten, d.h. aller Bewohner, Betriebe, Arbeitgeber und Beschäftigten, Gemeinbedarfseinrichtungen, der städtischen Ämter und der Politik unter Einbindung der Bürger sowie aller Initiativen des Stadtteils in den Stadtteilentwicklungsprozess, so das Konzept des Bund-Länder-Programms.

Die Sache gefiel offensichtlich auch den Dürtlewangern. An der durch das beauftragte Planungsbüro KPS durchgeführten Erhebung der Wünsche und Ideen der Einwohner beteiligten sich ungewöhnlich viele. Und gleich zur ersten Informationsveranstaltung im Mai 2014 erschienen 150 engagierte Dürtlewanger/innen um zu erfahren, was die Befragung ergeben habe und wie der Beteiligungsprozess nun weitergehen werde.

Ihre Begeisterung für die neue Art der Beteiligung der Bewohner wurde allerdings gedämpft als in der Diskussion ein Bezirksbeirat von SÖS/Linke darüber informierte, dass die Stadtverwaltung für einen zentralen Bereich des Dürtlewang, die Ladenstraße, bereits einen neuen Bebauungsplan aufstelle, weil dort ein Investor schnell und groß bauen will. Darüber war zuvor von städtischer Seite kein Wort verloren

worden. Und so blieb auch die mit großem Beifall unterstützte Forderung, die Einwohnerinnen doch wenigstens auf einer Erörterungsveranstaltung dazu zu hören unerfüllt. Viele fragten sich da, was sie eigentlich im erst im Frühjahr des kommenden Jahres fortgesetzten Beteiligungsverfahren noch würden entwickeln und entscheiden können, wenn per Bebauungsplan schon das meiste vorab festgeschrieben ist.

Die Stadtverwaltung verwies darauf, dass der Bebauungsplanentwurf ja öffentlich ausgelegt werde und jeder dazu Stellung nehmen könne. Außerdem entspreche der Plan weitgehend den bei der Umfrage geäußerten Wünschen. In der Tat hatten sehr viele Befragte das Ladensterben beklagt und sich eine Aufwertung der Ladenstraße gewünscht. Dass diese aber durch die im Bebauungsplan vorgesehe-



ne 3-5 geschossige Neubebauung erreicht werden soll oder überhaupt erreicht werden kann, davon hatte niemand gesprochen. Ganz im Gegenteil:

Obwohl die öffentliche Auslegung über die Sommerferien erfolgte, wandten sich über 600 Einwander gegen die geplanten Gebäudehöhen. Auch der Vaihinger Bezirksbeirat lehnte zumindest das 5-geschossige Gebäude am Eingang der Ladenstraße ab. Den Gemeinderat interessierte das alles aber gar nicht. Einstimmig hielt er an der hohen Bebauung fest.

Dass der Bebauungsplan jetzt dennoch noch einmal neu ausgelegt werden muss, liegt nicht an der Berücksichtigung des Bürgerwillens durch den Gemeinderat, sondern daran, dass die Besitzer der angrenzenden Gebäude sich weigerten, an den Investor- die Bietigheimer Wohnbau - zu verkaufen, so dass das geplante Großbauwerk nach Westen verschoben werden muss. Die Forderung nach Aussetzung des Bebauungsplanverfahrens bis zum Abschluss des Beteiligungsprozesses Soziale Stadt bleibt damit weiter aktuell.

bleiben lassen! von Gerhard Wick

Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage, so charakterisierte F.Engels, Goethe zitierend, die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der „die Armut dem Überfluß entspringt“ (Fourier).



Wohl wahr. Zwei Beispiele: In Stuttgart fehlen Wohnungen. Vernünftig wäre es deshalb, Wohnraum zu schaffen. Doch unter den Bedingungen des Marktes entstehen dabei fast immer nur teure Eigentumswohnungen, einhergehend mit der Zerstörung von bezahlbarem Wohnraum oder ohnehin knapper Grünflächen.

Oder: Aus der Mode gekommene Kleidung nach Afrika zu spenden ist an sich eine Wohltat. Weil die Kleider dann von großen Unternehmen in den armen Gegenden Afrikas auf den Markt geworfen werden, ruinieren sie dort das lokale Schneiderhandwerk und werden zur Plage.

Für die meisten an sich vernünftigen Vorhaben, gilt deshalb unter kapitalistischen Bedingungen: lieber bleiben lassen.

Wir sind inzwischen in der Lage absoluten Überfluß zu produzieren. Es braucht kein weiteres unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstörendes Wachstum. Das Problem ist vielmehr, dass die Produzenten nicht an ihre Produkte gelangen, weil nicht der Bedarf, sondern nur die kaufkraftfähige Nachfrage interessiert. So hungern Landarbeiter in den armen Ländern, während ihre Erzeugnisse hier im Überfluß vorhanden sind. (weiter S. 4)

VorOrt jetzt neu und wieder regelmäßig

Zugegeben, VorOrt dümpelte ganz schön vor sich hin die letzten Jahre. Der Hauptgrund: Als Alleinunterhalter von der Herausgeber etwas überfordert. Jetzt hat sich ein 8-köpfiges Organisations- und Redaktionsteam zusammen gefunden und will dem unregelmäßigen und eher seltenen Erscheinen ein Ende machen. Alle zwei Monate wird die „Zeitung für das andere Vaihingen“ nun wieder in die Briefkästen geliefert. Auch der Stamm der ehrenamtlichen Austräger konnte bereits stark erweitert werden, so dass sich die

Auslieferungszeiten deutlich verkürzen dürften. Genug Austräger sind es aber immer noch nicht und wir freuen uns über weitere Freiwillige, die ihren Spaziergang ab und an mit einem kurzen Halt an den auf der Strecke liegenden Briefkästen verbinden wollen. Demnächst wird auch die Internet-Präsenz von VorOrt erneuert und verbessert werden. Vorgesehen ist, wieder regelmäßig aktuelle Meldungen auch zwischen den Papier-Ausgaben zu präsentieren und weitere Informationen und Hintergrundmaterial zu den

gedruckten Artikeln bereit zu stellen.

Bleibt noch eines: Auch VorOrt will finanziert sein. Wir scheuen uns daher nicht, **unsere Leser/innen weiterhin um - am besten regelmäßige - Spenden zu bitten.**



Was vor und nach der Filder-Erörterung bekannt wurde

Vaihingen massiv von S21 betroffen

Am 7.10.2014 wurde die Erörterung zum Filderabschnitt von S 21 (PFA 1.3) nach 11 Tagen als „fertig“ vom Regierungspräsidium abgebrochen. Die Bahn hatte im Namen aller Projektträger ihre Antragstrasse gegen alle Einwendungen verteidigt und als beste Variante gepriesen. Von den Städten hatte nur Leinfelden-Echterdingen deutliche Einwände und Filderstadt forderte kurz die Flughafenstraße als bessere Lösung.

Auch die am 16.1.2015 neu betrachtete Variante „3. Gleis im S-Bahn-Terminal“ wurde angesprochen und als unrealisierbar abgetan. Damit war der offiziell gültige Verfahrensablauf für Änderungen abgeschlossen. Aktuell fasst das Regierungspräsidium das Gesagte zusammen und danach entscheidet das Eisenbahnbundesamt (EBA). Warum erst jetzt - 3 Monate später - die Erkenntnis der Projektträger kommt, dass ihre beantragte Planung doch nicht so gut ist wie bei der Erörterung vorgetragen, ist unverständlich. Alle Fakten und Bedenken waren doch bei der Erörterung bekannt und auch dass diese Pläne seit 2002 von der Genehmigungsbehörde immer wieder zurückgewiesen wurden. Die einzigen Änderungen in den fast 13 Jahren waren im wesentlichen das 2. Gleis zwischen dem Flughafenbahnhof und dem Fildertunnel nach Stuttgart, bedingt durch die Schlichtung und Stresstest sowie die befristete Ausnahmegenehmigung von Herrn Ramsauer, die Tunnel von Echterdingen bis zur Station Terminal nicht verbreitern zu müssen. Natürlich ist es für die richtige Einsicht nicht zu spät. Leider wird aber die beim Filderdialog von der deutlichen Mehrheit vorgeschlagene Variante immer noch nicht berücksichtigt. Aktuell werden nur Varianten betrachtet, die alle noch den gekoppelten Mischverkehr haben und viel teurer werden. Allein die Region Stuttgart erwägt 5 Mio Euro mehr zahlen. Man darf gespannt sein, wann

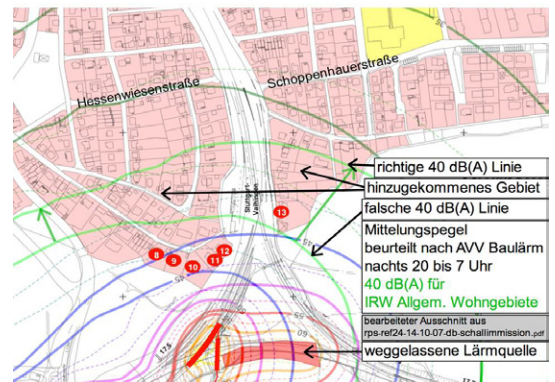
die im Filderdialog beschlossene, kostengünstigste und verkehrlich beste Version berücksichtigt wird: Die Züge fahren wie bisher auf der Gäubahn und halten in S-Vaihingen. (siehe www.Filderbahnhof.net)

Falls der Kopfbahnhof wider erwarten nicht bleibt, könnten die Züge auf den letzten 2,5 km auf das S 21 Niveau abtauchen, wie Frank Distel es vorgestellt hat. Die Gäubahn würde hier rechtwinklig zum Tiefgleis 6 enden und man steigt eben zu diesem Gleis um.

Aus der Erörterung greife ich hier 3 Themen heraus, die erst da bekannt wurden. Es sind lange nicht die wesentlichen, die da heißen: Zerstörung des schützenden Waldes bei Rohr und Abbau oder Rückbau des Bahnverkehrs für die Bevölkerung. Auch die Kostenfrage lasse ich hier weg. Es bleibt eben ein Prestigebau wie die Pyramiden.

Bauzug

Innerhalb der 2,5 Jahre Bauzeit an der Rohrer Kurve soll ein Bauzug am Bf Vaihingen tagsüber parken und nachts zum Hagelsbrunnen an der S2/S3 Strecke fahren, dort arbeiten und morgens wieder zurück fahren. Bauzüge sind nicht nur während ihrer Arbeit die lautesten aller Züge. Dieser Bauzug wirft ein ganz anderes Licht auf den Halt in Vaihingen, der von vielen Vaihingern und auch dem Gemeinderat schon seit 2011 gefordert wird. Sofern das EBA den PFA 1.3 genehmigen würde, würde der genau auf dem Gleis 5 parken, an dem der Bahnsteig schon längst



sein sollte. Natürlich ist nicht bekannt, ob dies wirklich der Grund ist, warum der Halt auch nach der positiven Potentialstudie nicht eingerichtet wird.

LKW Verkehr

Hier geht es um Material oder Erde, die am Hagelsbrunnen auf der Dürrelewang Seite wegen der Gleisverschiebung der S-Bahn Richtung Stuttgart abgetragen wird.

Die Stadt Stuttgart verlangt in ihren Einwendungen: „Es ist verbindlich vorzuschreiben, dass die Ortslagen von Plieningen und Rohr für den Baustellenverkehr gesperrt sind“.

Die Bahn kontert am 9.5.2014: „Grundsätzlich können öffentliche Straßen durch Jedermann im Sinne des Gemeingebrauchs genutzt werden. Eine verbindliche Festlegung der Zu- und Abfahrten der Baustelle ist nicht möglich. ...“ Obwohl beide Projektträger sind, antwortet die Bahn nur pauschal und hält sich alle Möglichkeiten offen. Und sie setzt noch eins drauf: obwohl es auch anders möglich wäre, **sollen LKWs durch die Schwarzbachstraße, Osterbronnenstraße, Rohrer Kreisel, Schönbuchstraße bis zur A8 fahren!** Konkrete Zahlen gibt es nicht.

Widerstand dagegen kann man immer zeigen, besonders aber am **Samstag, den 28. Februar 2015 in Rohr.**

Baulärm für Rohr und Dürrelewang

Diese Geschichte ist für die betroffenen Anwohner sicher nicht

lustig. Ein Einwender schreibt, dass in den Baulärmkarten etwas falsch ist und fehlt. Die Bahn nimmt zu vielen Einwenderthemen Stellung, zu dieser aber nicht. Am 1. Tag der Erörterung werden zunächst die Baulärmquellen für die Berechnung genau definiert, nämlich nur Betonarbeiten und Baueinrichtungsflächen. Und dann wird trotzdem die eigentlich zentrale Baueinrichtungsfläche an der Rohrer Kurve „vergessen“. Es ist die Fläche, wo die 2 Gleise der Querspange zwischen Berghautunnel und S2/S3 gelegt werden sollen. Sie liegt den Rohrer Häusern am nächsten.

Eigentlich unglaublich, dass man diese zentrale Fläche vergisst. Auf Nachfrage wurde erst versucht es wegzureden, dann wurde bis zum nächsten Tag überlegt. Jetzt die Erkenntnis, dass wirklich etwas fehlt. Es sei aber nicht so schlimm und es wird um Entschuldigung gebeten. Zur Klärung der Frage, ob der Fehler korrigiert werden kann, braucht es noch mal einen Tag. Dann wurde 2 Wochen lang korrigiert aber nichts präsentiert. Erst auf Nachfrage, wo die neue Berechnung bleibt, wurde in den letzten Minuten der Veranstaltung die Korrektur vorgestellt mit dem Ergebnis:

In Rohr wird ungefähr die doppelte Ortsfläche zu stark beschallt als in den eingereichten Unterlagen angegeben.

R.König

Der passt zu meiner WG. Mein Mieterverein.

Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.

0711-210160

www.mieterverein-stuttgart.de



Moserstraße 5
70182 Stuttgart



ORSO | Bautechnik und Wärmedämmtechnik

Innenausbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster

Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.

Wir beraten Sie gerne.
Rufen Sie uns an.

(0711) 657 25 98

Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

Unsere Leistungen für Sie:

Innenausbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.

Verkauf von natürlichen Bau- und Dämmstoffen.

Lauchau: SWSG-Mieter erheben schwere Vorwürfe

Unhaltbare Zustände

Schon seit geraumer Zeit sind die Mieter der im Besitz der Stadt befindlichen Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG) im Lauchau sauer auf ihren Vermieter. Kaum einer traute sich aber die Beanstandungen aus Angst vor Kündigung offen zu sagen. Anfang vergangenen Jahres schließlich gründete sich, wie bereits in anderen SWSG-Siedlungen, eine Mieterinitiative und schloss sich dem Verbund Stuttgarter Mieterinitiativen an.

Es war die alte Erkenntnis: „Alleine kämpfen bringt nichts. Da machen sie dich eher fertig. Das war der Grund zur Gründung und dem Zusammenschluss mit der Mieterinitiative Stuttgart, sagt Bettina Kienzle, die Sprecherin der Initiative. Und tatsächlich änderte die SWSG ihre Strategie gegenüber den Mietern. Einerseits wurde versucht, die Initiatoren der Initiative zu diskriminieren, andererseits denen, die sich gegen ungerechtfertigte Ansprüche und Maßnahmen der SWSG wehrten in Einzelfällen nachzugeben, bei den übrigen Mieterinnen aber nicht entsprechend zu verfahren. Stur blieb man bisher auch bei den alle betreffenden gravierenden Baumängeln, die nach Meinung der Initiative gesundheitsschädliche Auswirkungen auf die Bewohnerinnen haben. Zum Beispiel die Lüftungsschächte der Bäder und Duschen, die seit 40 Jahren nie gereinigt wurden. Die Folge: Bei entsprechenden Wetter- und Windlagen sind die Bäder regelmäßig mit klebrigem schwarzem Staub bedeckt. Laut der Kaminreinigung müssten diese regelmäßig von einer Spezialreinigungsgruppe in Schutzkleidung gereinigt werden, da

die Verkleidung der Schächte aus Asbestzement bestehen. Weil eine solche Reinigung aber entsprechend kostenintensiv ist, bzw. die asbesthaltige Verkleidung eigentlich ganz durch eine ungiftige ersetzt werden müsste, hat die SWSG sie sich seit nunmehr 40 Jahren einfach gespart. Was angesichts des im Jahre 2013 von der SWSG erzielten Reingewinns von 14,45 Mio Euro, dem Anwachsen des Eigenkapitals auf 279 Mio Euro und einer Kapitalrendite von 4,4% schon Empörung auslösen kann.

Und dann ist da das völlig veraltete Einrohr-Heizsystem. Dies hat zur Folge, dass die Heizrohre in den Wohnungen auch bei hochsommerlichen Temperaturen glühen, weil Heizung und Warmwasserzubereitung sich nicht separat abschalten lassen. Nicht nur dass es sich dadurch im Sommer in den Wohnungen vor Hitze kaum aushalten lässt, die Vermieterin stellt den Bewohner/innen per Nebenkosten die sommerliche Energieverschwendung auch noch in Rechnung.

Dies ist laut Mietersprecherin Bettina Kienzle aber noch lange nicht die einzige Unstimmigkeit bei den Nebenkostenabrechnun-

gen. Erst im Jahre 2014 hätten die Mieterinnen von der SWSG erfahren, dass bereits seit 2008 dem Trinkwasser sog. Dosiermittel zum Korrosionsschutz der maroden Wasserleitungen zugesetzt wird, was nicht nur unter Gesundheitsgesichtspunkten zumindest in der Daueranwendung bedenklich ist, sondern ebenfalls von den Mietern bezahlt werden muss, obwohl dies bereits 1995 von einem Gericht als unzulässig festgestellt wurde.

All diese „Ungeheuerlichkeiten“ hat nun die Sprecherin der Mieterinitiative im Dezember auch dem Vaihinger Bezirksbeirat vorgebracht. Dieser verlangte daraufhin auf Antrag der Fraktion SÖS/Linke/Plus in einem einmütig gefassten Beschluss, dass die SWSG und das Gesundheitsamt auf der nächsten Sitzung des Gremiums zu den Anschuldigungen stel-



Stein des Anstosses: Dosiermittel im Trinkwasser

lung nehmen sollen. Weil die Vertreter der SWSG im Januar dann aber doch keine Zeit hatten, wird die Angelegenheit nun am

17. Februar auf der um 18:00 Uhr beginnenden Sitzung in der Alten Kelter auf der Tagesordnung stehen.

Verstöße gegen elementare Menschenrechte

Beharrliches Schweigen

(kw) Da schreiben zwei Bürger an den Innenminister und den Justizminister eines Bundeslandes einen Brief, weil sie vermuten, dass in ihrer Nachbarschaft fortwährend gegen universale Menschenrechte verstoßen wird.

Pikanterweise wird das betreffende Gelände von der Landespolizei geschützt, so dass sich der Normalmensch dort keinen Einblick verschaffen kann. Die zwei Bürger bekommen keine Antwort auf ihre Fragen. In den nächsten Monaten verdichten sich die Hinweise, dass dort tatsächlich „etwas nicht stimmt“. Die zwei Bürger wenden sich erneut an die beiden Ministerien, informieren über einen „Offenen Brief“ auch die Medien in der betreffenden Region. Reaktionen? Keine. Dann erhebt jemand in der Sache eine Klage vor einem Gericht. Die zwei Bürger fragen ein drittes Mal schriftlich bei den zwei Landesministerien an, ob sie eigentlich wissen, was sich auf dem Gelände abspielt? Beide Ministerien verharren in Schweigen: Sechs Briefe, sechs E-Mails, nicht einmal eine Eingangsbestätigung. Wo sich das abspielt? Hier in Stuttgart. Welche Nachbarschaft da gemeint sein soll? Die US-Kommandozentralen in Vaihingen und Möhringen. Wie lange sich die Sache schon hinzieht? Mittlerweile ein Jahr. Wer die Minister sind? Reinhold Gall und Rainer Stickelberger, beide SPD.

Um was es da geht? Um die Vollstreckung von Todesurteilen, welche ohne Anhörung der Angeschuldigten zustande kamen, und bei denen außerdem oft Unbeteiligte mit umkommen oder schwer verletzt werden. Alleine in den Jahren 2011 und 2012 sollen 4.700 Menschen per „Signature Strikes“ (Ferngesteuerte Exekutionen mittels Drohnen) getötet worden sein. Mittlerweile sickerte außerdem durch, dass sich deutsche Einrichtungen durch Ausspähung hier im Inland und Datenweitergabe an Dritte daran beteiligen. Dieses Treiben setzt sich unverändert fort. Darauf deuten zumindest mehrere Artikel der FAZ, der Süddeutschen und der Zeit vom Januar 2015 hin. In den Stuttgarter Medien herrscht dazu allerdings nahezu Stillschweigen.

Darum gibt VorOrt zunächst zwei Lese-Tipps und wird in den kommenden Ausgaben am Thema dran bleiben:

Wolfgang Neškovic: DER CIA-FOLTERREPORT, Westend-Verlag, Januar 2015

www.geheimkrieg.de

Es solle nachher keiner sagen, er habe davon nichts gewusst.

NEUE ANFÄNGERKURSE
für Kinder und Erwachsene
in Möhringen

0711 / 6787825

www.ki-aikido-stuttgart.de
Mkunst@t-online.de



KI-AIKIDO
STUTTGART



Bio seit 1983

Grünschnabel
Naturkost & Naturwaren

Sigmundstr. 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711-735 25 02

Wir handeln mit Naturkost,
weil es um Menschen,
Tiere und die Natur geht,
– nicht um Marktanteile!

Freihandelsabkommen - Wessen Freiheit?

Alles geheim !

Sicher haben Sie schon von CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) und TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) in der Presse gelesen. Allerdings sind alle Verhandlungen darüber geheim. Ihr Inhalt soll erst veröffentlicht werden, wenn alles beschlossen ist. Die Geheimverhandlungen werden überwiegend von Unternehmenslobbyisten geführt, Bevölkerungsinteressen bleiben unterrepräsentiert.

Ein Bestandteil der Abkommen: Auf europäischer oder nationaler Ebene soll kein wirtschaftsrelevantes Gesetz mehr erlassen werden, ohne dass zuvor die US-Behörden und eventuell betroffene US-Konzerne informiert wurden.

Für alle an TTIP teilnehmenden Staaten sollen einheitliche Standards gelten.

Was bedeutet das für uns?

In den USA gilt beispielsweise für Glyphosat (enthalten z.B. im Unkrautvernichter der Firma Monsanto) der 7000-fache Grenzwert wie in der Bundesrepublik. Wenn jetzt die Firma Monsanto ihren Unkrautvernichter wegen dieser Grenzwerte nicht in der BRD verkaufen kann, so kann sie aufgrund der Verträge die BRD auf Schadenersatz verklagen.

Die Gerichte die darüber entscheiden sind Sondergerichte, deren Urteil nicht angefochten oder zur Revision zugelassen werden kann. Zahlen muss dann am Ende der Steuerzahler!

Doch nicht genug damit. Inzwischen ist ein weiterer Vertrag in Verhandlung, den bisher nur wenige kennen, weil die Medien uns lieber mit Sensationsnachrichten

über goldenen Wasserhähnen oder ähnlichem beschäftigen.

TiSA (Trade in Services Agreement) heißt dieseser Vertrag, dessen Ziel es ist auch im Dienstleistungssektor transnationale Privatisierungen in großem Stil zu ermöglichen. Das heißt auch alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser, Gesundheit, Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Telekommunikation usw. werden privatwirtschaftlicher Gewinnerzielung unterworfen. Verhandelt wird mit 50 Staaten von der Schweiz bis Australien und außerhalb der WTO (Welthandelsorganisation)! Wem nützt das?

Die im Vertrag vorhandene sog. Ratchet Clause (Sperr-Klausel) bedeutet: Wenn eine Dienstleistung einmal in privaten Händen - ist, kann sie nie wieder von öffentlichen Trägern übernommen werden. Außerdem sollen alle Bereiche, die von TiSA nicht betroffen sind, explizit aufgeführt werden - alle anderen denkbaren Bereiche - auch wenn es sie im Moment noch gar nicht gibt - sollen unter das Abkommen fallen. Will heißen, sie können privatisiert und nach den Regeln der Gewinnmaximierung bewirt-

schaftet werden.

Es ist dann egal, ob die Menschen z.B. genießbares und bezahlbares Trinkwasser haben - Hauptsache die Dividende stimmt für einige wenige. Zum Beispiel Paris: Es verkaufte seine Wasserversorgung an Veolia und Suez - mit dem Ergebnis, dass die Wasserpreise um 265% stiegen (In Portugal stieg der Wasserpreis sogar um 400%). Glücklicherweise gelang es der Stadtverwaltung die Wasserversorgung zurückzukaufen. Dies wäre aber - sollten die Verträge unterschrieben werden - in Zukunft nicht mehr möglich. Auch die internationale Leiharbeit soll ausgebaut werden. Es könnten z.B. Arbeiter/innen aus Billiglohnländern ausgeliehen werden, die dann unter den gleichen Arbeitsbedingungen wie bei ihnen zu Hause in unserem Land arbeiten müssten. Auf diese Weise wäre die Regelung zum Mindestlohn leicht zu umgehen!

Die Ergebnisse all dieser Handels- und Wirtschaftsabkommen sollen für alle Zeiten unveränderbar festgeschrieben sein. Und der einzelne Bürger soll nichts davon erfahren?

Angeblich geht es um seinen Nutzen. Warum ist dann alles geheim?

Alle diese Wirtschaftsabkommen - wie sie auch heißen mögen - dienen nicht den Menschen oder der Gemeinschaft sondern nur der Steigerung der Dividende von einigen wenigen.

Sie untergraben die Demokratie und sind lediglich geeignet, die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinander

zu treiben.

Wozu sind Regierungen noch gut, wenn sie nichts mehr zu sagen bzw. zu bestimmen haben?

Mehr dazu unter:

www.know-ttip.eu/tisa/

I. Fuchs

Fortsetzung: Bleiben lassen von S. 1

50% aller Nahrungsmittel wandern hier direkt in den Müll.

Das Problem ist also nicht der Mangel, sondern der Überfluss, über den nur wenige verfügen.

2015 ist das Jahr, in dem 1% der Menschen mehr Vermögen angehäuft hat, als die restlichen 99% zusammen.

Wir kämen der Lösung unserer Probleme wohl wesentlich näher, würden wir weniger über Islam und Christentum und mehr über Kapital und Arbeit sprechen.

Ostermarsch 2015

Sa. 4. 4. Eucom Vaihingen

Von deutschem Boden soll Frieden ausgehen!

In Stuttgart befindet sich der Sitz der beiden US-Kriegszentralen EUCOM und AFRICOM. Das AFRICOM in Stuttgart steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika. Hier werden die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt. Das EUCOM in Vaihingen befiehlt die US-Atomwaffen in Europa und koordiniert zum Beispiel die Angriffe gegen den Irak.

Leerstandsmelder:

Im Dezember 2014 standen laut Immobilienplattform „Immoscout“ 147 Büroflächen in Vaihingen zum Sofort-Vermieten zur Verfügung, mit insgesamt 170.000 m² Fläche. Das entspricht 1.900 Wohnungen mit durchschnittlich 90 m² Wohnfläche.

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:

Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag
Postfach 800980
70509 Stuttgart

Tel: 0711 / 745 05 23

vorort-vaihingen@arcor.de

www.vorort-vaihingen.de

Druck: UWS Papier&Druck GmbH

Auflage: 17 000

Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart
Kontonummer: 1000 150 00
BLZ: 600 901 00

Bürgerhaushalt 2015/2016

Neues Online-Spiel

Am 27.01. fand in der Alten Kelter die Vaihinger Informationsveranstaltung zum Bürgerhaushalt 2015 statt. Anwesend waren ein Bezirksvorleser, eine Multiplikatorin, eine städtische Mitarbeiterin ohne Unterlagen und ca. 30 Bürger.

Der Bezirksvorsteher verlas die Regularien des Bürgerhaushalts, wie sie auch in der Broschüre stehen, die an die Haushalte verteilt wird. Die Multiplikatorin erklärte, man wisse sehr wohl, wie ein guter Bürgerhaushalt funktioniert, wie etwa in Porto Alegre (Brasilien), wo die Bürger zusammenkommen und selbst entscheiden, wofür in ihrem Viertel das Geld ausgegeben wird.

In Stuttgart sei man aber zu dem Ergebnis gekommen, dass es besser sei, wenn die Bürger alle Entscheidungen ihren gewählten Vertretern im Gemeinderat überlassen würden und sich eher spielerisch mit dem Bürgerhaushalt beschäftigten. Der Bürgerwille wird also mit Null multipliziert - ah ja!

Die städtische Mitarbeiterin erläuterte dann noch, dass der Gemeinderat die Rangliste der bewerteten Vorschläge durchaus zur Kenntnis nehmen würde, aber keineswegs über alle bestplatzierten beraten würde, dafür aber auch über schlechter platzierte - je nach Gusto. Und Vaihingen? Beim letzten

Bürgerhaushalt gab es etliche Vorschläge, die unseren Stadtbezirk betrafen, aber umgesetzt wurde bisher keiner - leider, leider. Dabei hatte es einer - Regionalhaushalt Vaihingen/Filderbahnhof - sogar stadtweit auf Platz 35 geschafft!

Genauer, auch zu den zu verteilenden Mitteln, konnte sie nicht sagen - sie hatte ja keine Unterlagen dabei.

Fazit:

Wer übrige Zeit hat und gerne harmlose Online-Spielchen spielt, der sollte sich unbedingt am Bürgerhaushalt 2015 beteiligen.

Danke, Stuttgart!

Peter Kindl